



Vierteljährlicher Abonnementssatz in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer
kleinen Zelle 30 Pf., für Mitter aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Nr. 60. Abend-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 24. Januar 1889.

Reichstagsbrief.

Berlin, 23. Januar.

Der Staatssekretär von Bötticher gab heute sehr umfassende Erklärungen darüber ab, aus welchen Gründen der Bundesrat dem Arbeiterschutzgesetz, wie es der Reichstag beschlossen hat, nicht beigetreten ist. Es ist das erste Mal, daß sich der Bundesrat in dieser Frage, welche die öffentliche Aufmerksamkeit nun schon so lange beschäftigt, hat vernnehmen lassen, und der Staatssekretär schien das Gefühl zu haben, daß er etwas lange Versäumtes nachholte, indem er die Gründe des Bundesrats, welche bisher gewissermaßen als Amtsgeheimnis betrachtet worden waren, präzisierte.

Die Gründe, welche er vortrug, waren so beschaffen, daß die Herren Hize und v. Kleist-Reckow sie mit einem wahren Abscheu zurückwiesen. Es waren Gründe, die dem Standpunkte der wirtschaftlichen Freiheit entnommen waren und die man gemeinhin als Manchesterthum bezeichnet. In einem Staat, der sich die Grundsätze der wirtschaftlichen Freiheit überhaupt zur Rücksicht genommen hat, würden sich diese Gründe sehr gut haben hören lassen; in einem Staat, in welchem man täglich darüber triumphiert, daß das „öde Manchesterthum“ überwunden sei, nehmen sie sich in der That wunderlich aus.

Den Satz, daß der Staat überhaupt keine Vorschriften zum Schutz der Kinderarbeit erlassen soll, wird der Staatssekretär kaum aufrecht erhalten können; die Gewerbe-Ordnung enthält bereits derartige Bestimmungen, und es handelt sich in diesem Augenblick nur darum, ob der Schutz ein klein wenig weiter ausgedehnt werden soll. In der That nur sehr wenig weiter. Denn dieses Arbeiterschutzgesetz, welches der Reichstag mit so großer Mehrheit beschlossen hat, ist kein tief einschneidendes Gesetz, sondern hält sich in den bescheidensten Schranken. Für den Gesetzentwurf fällt ein Grund sehr entscheidend in das Gewicht, nämlich, daß er nur Zustände verallgemeinern will, welche in dem industriellsten Theile von Deutschland, in den Rheinlanden, die Sitte ohne das Zuthun des Gesetzes schon längst geschaffen hat, und welche sich hier in der vortrefflichsten Weise bewährt haben.

Nicht ohne Humor war es, daß Herr von Kleist-Reckow der freisinnigen Partei keinen anderen Vorwurf zu machen wußte, als den, sie gehe nicht weit genug. Sie hätte anstatt einer Resolution einen formulierten Gesetzentwurf einbringen sollen. Er vermiede an der freisinnigen Partei oppositionelle Entschiedenheit. Im Grunde hat er Recht; so schroff wie die Declarantenpartei es wiederholt gehandelt hat, ist die freisinnige Partei der Regierungspartei noch niemals gegenübergetreten, und doch hat jene niemals die vollen Schalen des Zornes auf sich geladen, welche über die freisinnige Partei schon bei dem mildesten Auftreten ausgegoßt werden.

Statt der milden Resolution Baumgärtner wird ohne Zweifel der mehr specialisierte Antrag Hize angenommen werden und zweifellos wieder mit sehr großer Majorität. Der Bundesrat sollte es sich sehr überlegen, ob er dem Drucke der öffentlichen Meinung noch fernherin Widerstand leisten will. Die Angelegenheit hat mit Parteipolitik so wenig zu thun, wie kürzlich die Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten. Aber ein geringes Entgegenkommen des Bundesrats würde sehr verhältnißmäßig wirken, würde in den Arbeiterkreisen, mit Einschluß der socialdemokratischen, Genugthuung wecken und eine socialpolitische Maßregel sein, die überall Zustimmung findet.

Politische Uebersicht.

Breslau, 24. Januar.

Einzelne Stimmen werfen nach der Einstellung des Verfahrens gegen den Prof. Geffcken die Bemerkung hin, man werde, da das Gesetz einen fahrlässigen Landesverrath bis jetzt noch nicht kenne, nunmehr wohl bald nach dem Muster des Arnim- und des Duchesne-Paragraphen das Verlangen nach einem Geffcken-Paragrafen hören. Thatsächlich kommt die „Köln. Btg.“ bereits mit derartigen Gedanken, wenn auch zunächst nur schüchtern und um sie als unzeitig von der Hand zu weisen, zum Vorschein. Sie meint, eine solche Abänderung des Strafgesetzbuches ließe sich ohne große Schwierigkeiten bewerkstelligen, wenn dem § 92 die Fassung gegeben würde: „Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Festungspläne oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß oder den Umständen nach wissen müste, daß ihre Geheimhaltung u. s. w.“, so dürfte es sich schwerlich wieder ereignen, daß ein von einem politisch und juristisch hochgebildeten Manne verübter Landesverrath mit Rücksicht auf den Mangel des subjektiven Thatbestandes straflos bliebe. Indessen empfiehlt es sich doch nicht, aus Unläng dieses Falles eine Stückrevision des Strafgesetzbuchs vorzunehmen; die Bestimmungen desselben über Hoch- und Landesverrath seien nach einem einheitlichen System verfaßt, welches eine Abänderung im Einzelnen durchbrechen würde. Mehr und mehr habe sich in criminalistischen Kreisen die Überzeugung Bahn gebrochen, daß die Zeit für eine gründliche Revision des deutschen Strafgesetzbuches gekommen sei, namentlich mit Rücksicht darauf, daß durch die Vorschriften des geltenden Rechts Staat und Gesellschaft nicht in ausreichendem Maße gegen die Anstaltungen ihrer Rechtsgüter geschützt seien. Der § 92 Biffer 1 sei nicht der einzige auf Landesverrath bezügliche Paragraph, welcher den heutigen Bedürfnissen nicht mehr genüge; die Bestimmungen über die Bestrafung des militärischen Landesverraths seien nicht minder unzureichend, und es brauche nur auf den ungemein erweiterten Strafschutz verwiesen zu werden; welchen Frankreich durch das im Uebrigen nicht empfehlenswerthe Gesetz über die Spionage erhalten hat, um zur Genüge erkennen zu lassen, daß der Inhalt des deutschen Strafgesetzbuchs bezüglich dieser Gegenstände etwas veraltet sei. Eine solche Revision lasse sich natürlich nicht von heute auf morgen machen, sondern sie bedürfe gründlicher Vorbereitung und Ausarbeitung. Wir dürfen uns demnach darauf gefaßt machen, daß die Frage der Revision des Strafgesetzbuchs auf die Tagesordnung gestellt wird.

Die von Herrn Hosprediger Stöcker herausgegebene „Deutsch-Evangelische Kirchen-Zeitung“ zieht in dem einleitenden Artikel ihres neuen Jahrganges mit einer selbst in diesem Blatte ungewöhnlichen Heftigkeit gegen das „Staatskirchenthum“, wie es in der preußischen Landeskirche bestehet, zu Felde. Der längere Fortbestand des landesfürstlichen Kirchenregiments, welches der „Deutsch-Evangel. Kirchen-Zeitung“ mit dem von ihr bekämpften Staatskirchenthum gleichbedeutend zu sein scheint, wird als ein unerträglicher Zustand bezeichnet. Dabei beschränkt sich die „Deutsch-Evangel. Kirchen-Zeitung“ nicht darauf, die Einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten der evangelischen Kirche als unzulässig abzuweisen, sondern die Spitze ihrer Ausführungen richtet sich unmittelbar gegen die Kirchengewalt des Königs als des Staatsoberhauptes. „Die heilige Schrift“, so heißt es in denselben u. A., „weiß nichts von Kirchengliedern, die lediglich deshalb, weil sie in der weltlichen Ordnung groß sind, auch in der Kirche hervorragen; denn innerhalb des kirchlichen Lebens verleiht nicht das Herrschen, sondern das Dienen die Vornehmheit, und nicht die weltliche Stellung, sondern der lebendige Glaube die Bedeutung. Das Jemand lediglich als vornehme Person, ganz abgesehen

vom Glauben und Wandel, in der Kirche eine hervorragende Stellung einzunehmen solle, ist ein solcher Widersinn, daß er nie hätte behauptet werden sollen.“ Auch sei es geschichtlich unbefreitbar, daß die Kirchengewalt der Obrigkeit als dem Oberhaupt des Staates, nicht als einer Persönlichkeit übertragen worden sei. Nachdem aber der Staat im Laufe der Zeit ein völlig anderer und seine Stellung zur Kirche durchaus umgestaltet worden sei, sei es die Pflicht der Kirche, daß ihr aufgezwungene Staatsjoch abzuschütteln. Die „Deutsche Evangelische Kirchen-Zeitung“ verlangt freilich nicht, daß das mit Gewalt geschehen solle, aber die Kirche, so fügt sie hinzu, „muß unter den heutigen Verhältnissen offen erklären, daß die Zeiten des Staatskirchenthums vorüber“ und seine Stunden gezählt sind. Dabei läßt die „Deutsche Evangel. K.-Btg.“ durchblicken, daß die Bekennnisse der Kirche auf die Notwendigkeit einer bischöflichen Verfassung hinwiesen. Auf diese grundsätzliche Betonung der bischöflichen Verfassung folgt dann ein langes Sündenregister, das dem Staat vorgehalten wird. Aber dasselbe wird beinahe noch überboten durch die Vorwürfe, die auf das Kirchenregiment geäußert werden. „Das Kirchenregiment“, so schreibt die „Deutsche Evangel. K.-Btg.“, hat durch seine Muthlosigkeit und Unterwürfigkeit eben so gefehlt, wie die Staatsregierung durch ihre Willkür und Verständnislosigkeit.“ Es wird gegen die Kirchenbehörde der Vorwurf erhoben, daß sie es unterlassen habe, in den Tagen des Kulturkampfes das protestantische Volk in loyaler aber entschiedener Weise zum Eintreten für sein gutes Recht aufzurufen. „Die Kirchenbehörde lebte damals, als wenn die Buchdruckerkunst noch nicht erfunden wäre.“ Man wird diesen Worten kaum eine andere Deutung geben können als die, daß nach der Meinung des Organs des Herrn Stöcker neben dem katholischen ein evangelisches Centrum hätte gebildet werden müssen, um der evangelischen Kirche ihre Selbstständigkeit zu erstreiten. In dem neuerdings gemachten Anfang, der evangelischen Kirche eine bessere Ausstattung mit äußerem Mitteln zu gewähren und ihr in dieser Beziehung eine größere Fürsorge zu Theil werden zu lassen, sieht die „Deutsche Evangel. K.-Btg.“ nur den Versuch einer Abfindung, um den auf eine größere Freiheit und Selbstständigkeit der evangelischen Kirche gerichteten Bestrebungen die Spalte abzubrechen. Der ganze Artikel macht, so bemerkt die „Magd. Btg.“, den Eindruck eines Sturmäublens, durch welches die augenfällig in den Hintergrund gedrängten Bestrebungen, die in den Hammerstein-Kleist'schen Anträgen s. B. ihren Ausdruck gefunden haben, neuordnungs wieder in Fluss gebracht werden sollen.

Der „Reichsbote“ hatte, wie bereits erwähnt, seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, wie es möglich war, daß aus dem geheimen Aktenmaterial über den Prozeß Geffcken eine sehr eingehende Darstellung an die „Köln. Btg.“ gelangen konnte. Hierzu erhält der „Reichsb.“ folgende Zuschrift:

Für Denjenigen, welcher die einschlägigen Verhältnisse einigermaßen kennt, kann es Verwunderung nicht wohl erwecken, wenn nicht nur in diesem, sondern, wie wir das so oft bemerkt haben, auch in vielen anderen Fällen, aus Bundesrats-Drucksachen, welche nur in beschränkter Anzahl als Manuscript gedruckt werden und in dieser Form von denjenigen, welchen sie amtlich zur Kenntnis und Information zugeben, geheim zu halten sind, Mittheilungen in die Öffentlichkeit gelangen. Gelangen diese Drucksachen nur in die Hände der Bundesratsmitglieder und der Chefs der obersten Bundesregierungen und der Reichsämter, so wäre damit wohl eine Garantie geboten, daß daraus keine oder doch nur solche Mittheilungen an die Öffentlichkeit gelangen, welche nach der Meinung dieser, der Tragweite ihrer Handlungen sich vollbewußt hochgestellten Herren als unbedenklich erscheinen. So aber gelangen diese sekretären Drucksachen auch noch in die Hände einer Anzahl untergeordneter Beamten, insbesondere auch der Bureau-Vorsteher der verschiedenen Reichsämter. Auch hier wäre die Gefahr, daß von diesen Stellen aus Mittheilungen aus Bundesrats-Drucksachen an die Öffentlichkeit ge-

Nachdruck verboten.

Satisfaction.

Novelle von Alexander von Robert. [9]

„Das Heimchen“ würdigte ihn keines Blicks. Die losen Nüstern seiner Nase blähten sich und er blinzelte immer erregter mit den kleinen Schweißaugen. Jetzt hob er den Krug, sah ihn an und stürzte den Inhalt mit gewaltigen Schlucken hinab; dann ließ er den Zinndeckel heftig aufklappen, rückte geräuschvoll den Eichenstuhl nach rückwärts und grüßte kühl in der Runde — sie alle, die sich nicht scheuten, mit dem Verfemten an einem Tische sitzen zu bleiben, mit seiner Verachtung umfassend.

Das war etwas stark und wirkte fast lächerlich. „Immer forsch, Heinchen!“ rief ihm einer in der Thüre nach.

Ein allgemeines Gespräch kam in Gang, versickerte aber wieder. Lieutenant Marholz nahm die „Fliegenden Blätter“ und vertiefte sich darin, und die Renommierarbe bestellte einen Kaffee, dessen sachgemäße Zubereitung seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm.

Es war das Gegenteil eines fröhlichen Frühstückspens — Einer war zu viel am Tisch, der hieß Graham. Und der fürchtete sich jetzt auszustehen und seinen Abgang zu nehmen. Zum Glück erschien Mück; er war erstaunt, Graham hier zu sehen und er veranlaßte ihn, sich nach einigen Anstandspresso, die er hinabgoss, mit ihm zu entfernen.

„Die Hauptsaache ist, fest bleiben Professorchen!“ sagte Mück.

„Nur nicht weichen und rücken! Schließlich geben sie klein bei!“ Und Graham biß die Zähne aufeinander; natürlich wird er fest bleiben und sich nicht ducken lassen! Selbst die Entfernung aus dem Offiziersstande, die ihm das Ehrengericht zudictiren würde, wollte er von der Höhe seines berühmten Namens mit souveränen Lockenschütteln beantworten.

Aber Daniela? Wie wird sie den Schlag verwinden? Ihr gegenüber versagt das Lockenschütteln! Einerlei, dieser Blitschlag wird die unheimlich anwachsende Gewitterschwüle, die über ihnen schwelt, endlich lösen.

Es ward nur selten ein Wort über die Unseligkeit gewechselt, aber er überraschte oft genug die Spuren von heimlichen Thränen auf ihren Wangen, und er wußte sehr wohl das seltsam bittere Zucken um ihre Mundwinkel zu deuten. Einmal kam sie völlig außer sich nach Hause gestürzt. Was war es? Sie hatte Gespenster gesehen: eine Dame, die sonst zu ihren hätschelnden Bonnerinnen gehört hatte, war ihr am Pferdebahnwagen mit einem empörend knappen Gruß

begegnet. Er lachte sie aus. Sie ließ ein scharfes Wort entslippen. Immer wieder die geborene von Priesdorff . . .

Ja es war Zeit, daß ein Blitz die entsehliche Lähmung löste! —

Das Mädchen brachte zwei Briefe, den einen für Frau Professor, den großen für den Herrn. Das naseweise Ding beobachtete, wie sowohl ihr wie sein Antlitz bei Entgegnahme der Briefe erblaßte.

„Bon Papa!“ rief Daniela. Es war mehr ein Schreckenstrud.

Zitternd öffnete sie das Couvert. Ein „O Gott!“ entfuhr ihr nach den ersten Zeilen.

„Doch nicht schlechte Nachricht —?“ fragte er mit einem Ton, der wie das Würgen eines Erstickenden klang.

Der General hatte von der Angelegenheit gehört — so folgerte Graham — und der Brief enthielt wohl seine Meinung. Exzellenz ist nicht gewohnt, mit seiner Ansicht zurückzuhalten! und diese Ansicht kennt Graham — die Entscheidung über den rheinischen Fall hat ihm Mock mitgetheilt.

„Nein, im Gegenteil —“ rief sie, von der Blässe zur Glührotthe wechselnd, die Augen starr auf das Blatt gehobt, das in ihren Händen sich bebend bewegte. Gespannt beobachtete er sie. Das Schreiben, das er selbst hier in der Hand hielt, war so völlig unrichtig dagegen!

„Nun, Nella?“

„Papa ist also hier — gestern angekommen — er erwartet mich — o er schreibt so lieb —“

Thränen funkelten in ihren Augen.

„Und Du willst hin?“

Sie warf ihm einen blitzhaften Blick zu. Welche Frage! Will er ihr den Gang verweigern? Dann in den Brief hinein:

„Heute ist es zu spät — er schreibt, daß er morgen den ganzen Vormittag zu Hause — Hotel Central — ich will morgen hin — vielleicht wäre es besser, ich elte —“

Sie stockte.

„Nur gerade heraus!“ fiel er ein — „Du meinst, ehe er davon erfährt! Und er wird es wohl schon wissen, ehe Du kommst! Die Berliner Lust ist voll davon —“

„Mein guter alter Papa . . .“

Ihre Stimme wankte unter Thränen.

„Morgen —“ stammelte er. „Gerade morgen!“ Und ein paar unheimliche, heisere Lachlöcher entfuhr ihm.

„Was ist?“ schrak sie auf — sein Antlitz war so krampfhaft verzerrt.

Er schleuderte das Papier, ein Dienstschreiben wie jenes andere.

Daniela hatte das sofort erkannt, wütend auf den Tisch.

„Ein herrliches Zusammentreffen! — morgen früh — gerade morgen früh soll ich geklopft werden, Nelly! Ich habe eben die Einladung dazu erhalten —“

Mit einem grimmigen Lächeln grinste er sie an.

„Na, erschrick nicht, es geht nicht um den Kopf, nur um den rothen Kragen! Man will mir morgen die Uniform ausziehen. Dein Papa ist gerade zur rechten Zeit nach Berlin gekommen . . .“

Ihre Blicke weiterten sich zu stierem Entsetzen. Das Schreckliche, was sie gefürchtet! Und gleichsam unter den Augen Papa's soll es geschehen!

Ihre Arme sanken wie gebrochen herab, und kein Laut kam von ihren Lippen. Wieder fuhr die Marmorblässe über ihr Antlitz.

Er war aufgestanden. Aber kein Versuch, sich ihr zu nähern. War er sicher, daß sie ihn nicht zurückstieß? Ein Fluch schwiebte ihm auf den Lippen — zum Teufel, was hat er sich nicht, wie es die ganze Welt verlangt, von dem grünen Jungen über den Haufen schießen lassen! Dann wäre ihm all' die Widerlichkeit erspart geblieben! Weh dem, der aus der Schablone weicht!

Sie hatte die Arme auf den Tisch geworfen und ihr Haupt darauf gesetzt. Schwer wogte ihr Atem. Er maß mit trogen Schritten das Gemach.

Sie überlegt — sie steht abermals vor der Wahl; hier ihr Papa und die Priesdorfs, das Blut ihres Blutes — dort er, an den die Leidenschaft sie gefesselt, die blinde Leidenschaft, welcher die Schmach nun endlich die Augen öffnet. . .

Plötzlich hob sie den Kopf; der Schein des Lampenlichtes beleuchtete den starren steinernen Ausdruck einer Statue.

„Werner,“ hauchte sie tonlos hin — „ich werde nicht zu meinem Vater gehn —“

„Meinetwegen?“ rief er. „Das duld' ich nicht! Du sollst dennoch hin —“

Gleichzeitig breiteten sich ihre Arme aus; sie war aufgestutzt und er empfing die Wankende.

„Werner, ach Werner!“

Sie wiegte das Haupt an seiner Schulter. Was soll geschehen? Gott im Himmel, was soll geschehen? — all' die Frage lag in dem Ruf.

Er würde nicht dulden, daß sie abermals sich gegen ihren Vater kehre. Um keinen Preis! Aber was soll geschehen!

Und während ihre Gestalt hältlos in seinen Armen wankte, fühlte er, wie das Glück seines Lebens gewaltsam erschütterte und unter seinen Händen in Trümmer zusammenbrach.

(Fortsetzung folgt.)

langten, beinahe ausgeschlossen, wenn hier die betreffenden Drucksachen mit der erforderlichen Sorgfalt in Verwahrung genommen würden. Dieses ist aber nach unseren Wahrnehmungen durchaus nicht der Fall. In dem Bureau eines solchen Vorstehers, in welchem täglich eine große Menge von Beamten verschiedener Grade der eigenen und fremden Behörden, sowie von Nichtbeamten verkehren, haben wir wiederholt wahrgenommen, daß auf dem nahe an der Thür stehenden Bureau des Bundesrats-Drucksachen ganz frei herumlagen. Auch daraus würde noch immer keine Gefahr für eine unberührte Einsichtnahme ohne weiteres herzuleiten sein, wenn der Bureauvorsteher ununterbrochen in seinem Bureau anwesend wäre und nicht oft stundenlang sich aus demselben entfernen müßte, was sich sehr oft ereignet, namentlich wenn der Bureauvorsteher zum Chef oder zu einem Rath des Amtes gerufen wird. In solchen Fällen kann dann überhaupt nicht kontrolliert werden, wer in dem Bureau gewesen. Ferner haben wir bemerkt, daß die dem Bureauvorsteher amtlich zugehörigen Bundesrats-Drucksachen nicht unter Beobachtung aufbewahrt und gehetet werden, sondern in einem nicht verschloßenen Schranken und lose. Auch da ist es möglich, daß dort einmal eine Drucksache zu unberufener Benutzung verwendet wird. Daraus schon möchte es sich erklären, daß aus diesen Drucksachen so oft Mittheilungen an die Öffentlichkeit gelangen.

Dass ein solches Verfahren strafbar und, wenn constatirt, insbesondere im Disciplinarwege sehr empfindlich geahndet wird, darüber liegt bereits ein sehr erstaunlicher Fall vor. Wir erinnern an den Fall des Regierungsrathes K., der s. J. seiner Stelle, die er in einem Reichs-Gentralamt einkam, im Disciplinarwege entbunden wurde, weil festgestellt wurde, daß er die ihm anvertrauten Bundesrats-Drucksachen auf seinem Bureau so frei aufbewahrt hatte, daß sie den sonst noch in seinem Bureau verkehrenden Personen leicht zugänglich waren, daß der betreffende Beamte judem den Verkehr einer mit der Presse in Verbindung stehenden Persönlichkeit auch in seinem Amtszimmer geduldet und daraus die Vermuthung geschöpft werden konnte, daß es auf diese Weise möglich gewesen, daß eine damals in Frage stehende unerlaubte Mittheilung aus den Bundesrats-Drucksachen an die Öffentlichkeit gelangt war. Auch damals schäfte man, wie heute, den Verdacht, daß die Mittheilung aus Bundesratskreisen stammte.

Wir möchten es nun von vornherein für ausgeschlossen halten, daß die fragliche Veröffentlichung in der „Kölner Blg.“ aus Bundesratskreisen stammt, glauben vielmehr der Vermuthung Raum geben zu müssen, daß diese Veröffentlichung aus untergeordneten Kreisen den Weg in jenes Blatt genommen hat. Wenn die Vermuthung ausgesprochen worden, daß der fragliche Artikel aus Bundesratskreisen stammt, so hat der Bundesrat schon um seiner selbst willen die Verpflichtung, die ihm zu Gebote stehenden Mittel und Wege zu beschreiten, um die Mitglieder derselben von diesem Verdacht zu reinigen, d. h. zu verlangen, daß eine energische Untersuchung gegen den Urheber der Veröffentlichung ange stellt wird.

Wir glauben auf Grund bestimpter Thatachen annehmen zu müssen, daß auf dem Gebiet der sogenannten offiziellen Berichterstattung seit längerer Zeit ein Missstand sich herausgebildet hat. Wir meinen in dieser Beziehung folgende Andeutungen machen zu müssen. Ein sehr bekannter und vielgenannter Herausgeber einer politischen Correspondenz verkehrt jeden Tag in den verschiedenen Bureaux der Reichs-Gentralbehörden, wobei dort von den Bureauchefs empfangen und sammt durch deren Vermittelung Material beziehungsweise Artikel für seine Correspondenz. Diese Besuche ziehen sich zuweilen so in die Länge, daß Beamte, welche in dienstlichen Angelegenheiten zum Bureauchefs zu gelangen das dringende Bedürfnis haben, nicht vorgelassen werden. Der betreffende Herausgeber erhält von diesen Stellen theils zum Druck fertige Manuskripte, theils amtlisches Material, aus denen er seine Mittheilungen für seine Correspondenz schöpft. Gelangten nun solche Mittheilungen zunächst in die betreffende, für offiziös geltende Correspondenz, so wäre es leicht zu controlliren, von wem die eine oder die andere Mittheilung herstammt. Allein der betreffende Herausgeber steht, wie bereits mehrfach festgestellt und öffentlich zur Sprache gebracht worden, mit einer Anzahl von Zeitungen in Verbindung, die er mit Mittheilungen versorgt, die er in seine Correspondenz nicht zu bringen wagt. Hier also glauben wir, wird nicht die richtige Grenze gezogen und es hat sich der Missstand herausgestellt, daß das, was dem Herausgeber zur Verfügung steht für seine Correspondenz amtlich mitgetheilt wird, auf seine bestimmungsmäßige Verwendung nicht geprüft wird. Aus dem vorliegenden Fall möchte nun wohl genügender Anlaß zu schöpfen sein, daß diese Art offiziöser Berichterstattung einmal einer gründlichen Prüfung unterzogen würde. Vielleicht wird man dann aus dem Wege sein, zu erfahren, auf welche Weise die „Kölner Blg.“ zu der so allgemeine Verwunderung erregenden Mittheilung gelangt ist.

Die cartellistische Presse sieht es, jeden als „Reichsfeind“ und Verärger zu brandmarken, der sich erfüllt, in irgend einer Frage anderer Ansicht als Fürst Bismarck zu sein. Recht zeitgemäß reproduziert ein Berliner Blatt aus Poschingers Buch eine Schilderung, welche Fürst Bismarck einst von seinem österreichischen Collegen am Bundestage entwarf. Der damalige Bundestagsgesandte Herr v. Bismarck schreibt Herrn v. Prokesch in seinem Berichte vom 14. November 1853 folgendermaßen:

„Schon gewöhnliche Meinungsverschiedenheiten behandelte er, wenn ich den Versuch mache, mich mit ihm zu verständigen, als unbegreiflich und böswillig; das Bestreiten aber der Rechtmäßigkeit dessen, was er vorgenommen hat, macht ihn den Eindruck einer persönlichen Beleidigung, und ist eine rubige und sachliche Bepréczung von derartigen Divergenzen geradezu unmöglich, weil er sofort zu allgemeinen Protestationen, ganz heterogenen Gegenbeschuldigungen und Verdächtigungen greift und darin, sei es aus Berechnung, sei es aus Temperamentsther, bis zur Ungezogenheit heftig wird. Jeder Mangel an Einverständnis mit seinen Ansichten wird als Verrat, als systematische Opposition, als persönliche Feindseligkeit bezeichnet, und die Ausbrüche seiner stützlichen Entrüstung sind bei solchen Gelegenheiten so unangenehm und verleidend, daß es mich jedesmal Überwindung kostet, an die Befreiung anderer als ganz unerheblicher Sachen mit ihm zu gehen. Dieser in seiner Eitelkeit und Leidenschaft-

lichkeit begründete Nebelstand, welcher es vollständig unmöglich macht, mit ihm im eigentlichen Sinne des Wortes zu unterhandeln, bildet ein Haupthindernis für die Verständigung; aber ich halte ihn darin für unverhinderlich.“

Befährt nicht die sog. patriotische Presse ganz ebenso, wie hier Herr v. Prokesch geschildert wird?

Deutschland.

Berlin, 23. Januar. [Die Begründung zur Afrika-Vorlage] lautet:

Die leitenden Grundsätze der deutschen Colonialpolitik, wie sie 1884 und 1885 in amtlicher Erörterung die Zustimmung des Reichstags erhalten haben, bilden auch gegenwärtig die Richtschnur für das Verhalten der Kaiserlichen Regierung bei überseeischen Unternehmungen von Reichsangehörigen. In Folge derselben ist dem Reich keine Verpflichtung angenommen worden, deutsche Unternehmer in überseeischen Ländern bei Verlusten schadlos zu halten, oder ihnen günstige Ergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiete zu sichern. Die Vortheile, welche der Schutz des Reichs den Reichsangehörigen gewährt, welche uncivilisierte Gebiete in freunden Welttheilen zu colonisieren beabsichtigen, liegen hauptsächlich in der Sicherstellung des zu colonisierenden Gebietes gegen Störungen und Eingriffe anderer Colonialmächte. Die Intervention des Reichs kann in der Regel nur anderen auswärtigen Mächten gegenüber zur Geltung kommen, während die Bewilligung des Widerstrebs wilder Eingeborener und anderer in der Beschaffenheit des zu colonisierenden Landes liegenden natürlich und localen Hinderniss Aufgabe der Unternehmer bleiben muß. Auf diesem Gebiete kann außerhalb des Bereichs unserer maritimen Streitkräfte colonialen Unternehmungen eine materielle Unterstützung nicht geleistet werden. Desgleichen gehört es nicht in das Programm der deutschen Colonialpolitik, für die Herstellung staatlicher Einrichtungen unter barbarischen Völkerstaben einzutreten und dort eine unserer Aufschauungen entsprechende Ordnung der Verwaltung und Justiz herzustellen. Dagegen hat Deutschland in seinen afrikanischen Niederlassungen schon durch die unter Theilnahme des Reichs erfolgten Beschlüsse der Congoconferenz in Gemeinschaft mit anderen europäischen Nationen die Ehrenpflicht übernommen, sich an der Civilisierung Afrikas in gleicher Linie mit den anderen Großmächten Europas zu beteiligen. Die Erfüllung dieser nationalen Ehrenpflicht ist uns seitdem praktisch näher getreten durch die Bezeichnung eines beträchtlichen Theiles von Afrika unter deutschem Schutz. Die erste Vorbereitung für das Gelingen civilisatorischer Bestrebungen ist über die Abschaffung der Slavenausfuhr und der damit verbundenen Jagden und Kriegen, welche das Material für den Menschenhandel liefern. Solange dieser Handel und seine brutalen Gewaltthoden bestehen, wird Afrika die Existenzbedingungen eines menschlichen Culturebens. Im engen Zusammenhange mit dem Slavenhandel steht die innerafrikanische Bewegung, wie sie in den Kriegen des Mahdi und den Angriffen auf europäische Aufstellungen und Missionen am oberen Congo, an den afrikanischen Binnenjänen und anderen Gebieten Centralafrikas zu Tage getreten ist.

An der Bekämpfung dieser dem Christenthum und der europäischen Civilisation unverträglich feindlichen Elemente im Einverständniß mit anderen christlichen Mächten mitzuwirken, ist durch den deutschen Mittbeifuß Afrika zu einer Ehrenpflicht des Reichs geworden. Die ostafrikanische Gesellschaft ist ein Organ, durch welches diese Aufgabe der Nation zunächst wahrgenommen werden kann, und ihr fünfzigjähriger Vertrag mit dem Sultan gibt ihr die Handhabe, auf den für Deutsche reservierten weiten Gebieten im Sinne dieser Aufgabe thätig zu sein. In dieser ihrer Stellung liegt ihr Auftrag auf Unterstützung durch das Reich beabsichtigt, der Slavenausfuhr und der damit verbundenen Jagden und Kriegen, welche das Material für den Menschenhandel liefern. Solange dieser Handel und seine brutalen Gewaltthoden bestehen, wird Afrika die Existenzbedingungen eines menschlichen Culturebens. Im engen Zusammenhange mit dem Slavenhandel steht die innerafrikanische Bewegung, wie sie in den Kriegen des Mahdi und den Angriffen auf europäische Aufstellungen und Missionen am oberen Congo, an den afrikanischen Binnenjänen und anderen Gebieten Centralafrikas zu Tage getreten ist.

Der Betrieb der Bekämpfung dieser dem Christenthum und der europäischen Civilisation unverträglich feindlichen Elemente im Einverständniß mit anderen christlichen Mächten mitzuwirken, ist durch den deutschen Mittbeifuß Afrika zu einer Ehrenpflicht des Reichs geworden. Die ostafrikanische Gesellschaft ist ein Organ, durch welches diese Aufgabe der Nation zunächst wahrgenommen werden kann, und ihr fünfzigjähriger Vertrag mit dem Sultan gibt ihr die Handhabe, auf den für Deutsche reservierten weiten Gebieten im Sinne dieser Aufgabe thätig zu sein. In dieser ihrer Stellung liegt ihr Auftrag auf Unterstützung durch das Reich beabsichtigt, der Slavenausfuhr und der damit verbundenen Jagden und Kriegen, welche das Material für den Menschenhandel liefern. Solange dieser Handel und seine brutalen Gewaltthoden bestehen, wird Afrika die Existenzbedingungen eines menschlichen Culturebens. Im engen Zusammenhange mit dem Slavenhandel steht die innerafrikanische Bewegung, wie sie in den Kriegen des Mahdi und den Angriffen auf europäische Aufstellungen und Missionen am oberen Congo, an den afrikanischen Binnenjänen und anderen Gebieten Centralafrikas zu Tage getreten ist.

Der unter dem 28. April v. J. zwischen dem Sultan von Zanzibar und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft abgeschlossene, in dem Reichsbuch über Ostafrika mitgeheilte Vertrag, durch welchen der Gesellschaft die gesammte Verwaltung in den festländischen Besitzungen Seiner Hoheit südlich vom Umba-Fluß übertragen ist, hat in Folge des erwähnten Aufstandes bisher nicht vollständig zur Ausführung gelangen können. Die Macht des Sultans hat sich nicht als ausreichend erwiesen, um, dem Vertrag entsprechend, die Gesellschaft bei Ausübung der ihr gewährten Rechte wirksam zu unterstützen, und die Gesellschaft selbst verfügt nicht über die nötigen Mittel, um sich der Angriffe der arabischen Slavenhändler auf allen Küstenpunkten zu erwehren. Ohne eine Unterstützung durch das Reich wird unter diesen Umständen die Aufgabe der Belebung Deutschlands an der culturellen Arbeit der Gesittung Afrikas von der „ostafrikanischen Gesellschaft“ nicht gelöst werden können. Um die angemessene Bevölkerung der vom Reich zu gewährnden Mittel zu sichern, wird es erforderlich sein, einen Commissar des Reichs zu ernennen und nach Zanzibar zu entsenden, welcher mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet ist, um in den unter deutscher Verwaltung gestellten Besitzungen des Sultans von Zanzibar und in den benachbarten Gebieten die zur Bekämpfung der auführerischen Slavenhändler erforderlichen Maßregeln in Erwägung zu ziehen und zu unterstützen.

Nachdem durch Verbürgung der Blockade über das Festlandgebiet von Zanzibar Schiffe der Kaiserlichen Marine in Gemeinschaft mit englischen, italienischen und portugiesischen Kriegsschiffen beschäftigt sind, Waffen- und Munitionszuflüsse abzuschneiden und die Slavenausfuhr zu verhindern,

wird zur Herstellung und Erhaltung der Sicherheit und Ordnung vor Allem die Auwerbung einer einheimischen Polizeimacht von ausreichender Stärke erforderlich sein. Über sonstige Verwendungen wird die Kaiserliche Regierung im Laufe der Verhandlungen des Reichstags sich vertraulich zu äußern bereit sein.

Nach § 41 des Statuts der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft wird die Aufführung über die Gesellschaft von dem Reichskanzler geführt und ist nach § 42 darauf zu richten, daß die Geschäftsführung den statutarischen Zwecken der Gesellschaft entspricht und im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften erfolgt. Als Organ der Aufführung fungierte bisher ein vom Reichskanzler bestellter Commissar in Berlin mit dem im § 41 des Statuts erwähnten Beauftragten. Es hat sich jedoch das Bedürfnis ergeben, zur Überwachung der Tätigkeit der Gesellschaft in Ostafrika und namentlich auch in den der Gesellschaftsverwaltung durch Vertrag mit dem Sultan von Zanzibar vom 28. April v. J. unterstellten Gebieten, ein ständiges politisches Aufführungsort des Reichs an Ort und Stelle zu bestehen, welches den dortigen Vertretern der Gesellschaft gegenüber mit durchgreifender Autorität ausgestattet ist. Die bisher in dieser Richtung von dem Kaiserlichen Generalconsul in Zanzibar ausgeübte Einwirkung hat sich nicht als ausreichend erwiesen, um Irrungen zu verhüten und internationale Verwicklungen vorzubeugen. Dem durch das Gesetz in Vorschlag gebrachten Reichscommissar für Ostafrika wird daher insbesondere auch das Recht zugeschenkt, die von der Gesellschaft auf Grund der vom Sultan übertragenen Ausübung der Landeshoheit für das ostafrikanische Küstengebiet erlassenen Verordnungen und Reglements außer Kraft zu setzen oder Änderungen derselben zu verlangen, sowie die Entfernung beziehungsweise Ersetzung der dort angestellten Beamten der Gesellschaft herbeizuführen. Eine staatliche Einmischung in die wirtschaftlichen Angelegenheiten oder in die Sollereitung der Gesellschaft ist nicht beabsichtigt. Um die Kompetenz des Reichscommissars nach allen Seiten hin festzustellen, sind Verhandlungen mit dem Directionsrath der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft eingeleitet und ist eine Verständigung mit dem Sultan von Zanzibar in Aussicht genommen.

Für die Ausführung des vorliegenden Actionsprogramms ist nach einem detaillierten, von sachverständiger Seite ausgearbeiteten Kostenanschlag die Summe von 2 Millionen Mark erforderlich. Es kommen hierbei nicht in Betracht die Kosten der Stationierung der Kriegsschiffe an der ostafrikanischen Küste, welche bei den Fonds der Marineverwaltung nachgewiesen werden. Die veranschlagten Kosten umfassen außer denjenigen der erstenmaligen Organisation die laufenden Ausgaben bis 1. April 1890. Etwa fernerhin noch erwachende Ausgaben werden in dem Etat des betreffenden Rechnungsjahres vorzusehen sein.

[Der Bundesrat] hielt am 22. d. M. unter dem Vorsitz des Vice-präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern, von Bötticher, eine Plenarsitzung ab. In derselben gab der Vorsitzende zuerst unter allgemeiner Zustimmung dem tiefen Bedauern über den Verlust, welchen der Bundesrat durch den Tod des commandirenden Admirals Grafen von Monts erlitten hat. Ausdrück. Sodann wurde über den Entwurf eines Gesetzes, betr. den Schutz der deutschen Interessen und Bekämpfung des Slavenhandels in Ostafrika, Beschuß gefaßt. Dem Entwurf wurde die Zustimmung ertheilt. Mit der bereits erfolgten Übergabe des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen, betr. die Kosten für den Elementarunterricht, an die Ausschüsse für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen, erklärte sich die Versammlung einverstanden und übergab den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über das Hebammenwesen den Ausschüssen für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen zur Vorberatung.

[Der bisherige Chef der Marinestation des Ostens, Vice-admiral von Blanc] ist in Geheimhaltung seines Abschiedsgelechts unter Verleihung des Sterns zum Roten Adlerorden zweiter Klasse und mit der Ernennung zum Tragen seiner bisherigen Uniform zur Disposition gestellt worden. Viceadmiral von Blanc war nach dem Hinscheiden desstellvertretenden Chefs der Admiraltät, Excellenz Grafen v. Monts, der älteste Seoffizier der Marine und wegen seiner Tätigkeit und seines leitenden Weisens überaus beliebt. v. Blanc hat, der „Nord. Allg. 3.“ aufzufolge, seine militärische Laufbahn in der Armee begonnen, wo er am 1. Januar 1850 als Avantageur im 2. Pommerschen Grenadierregiment Nr. 9 eintrat und am 14. September 1864 als Capitänleutnant zur damaligen königlich preußischen Marine überging, nachdem er vorher drei Jahre zur Dienstleistung bei der englischen Marine commandiert war. Am 27. April 1869 wurde Admiral von Blanc zum Corvetten-Capitän, am 18. Januar 1875 zum Capitän zur See, am 30. März 1883 zum Contreadmiral und nach dem Abgang des derzeitigen Stationschefs, Viceadmirals v. Wicke, am 14. Mai 1887 zum Chef der Marinestation der Ostsee ernannt und zum Viceadmiral befördert. In dieser Stellung war Viceadmiral v. Blanc bis jetzt thätig.

[Emin Pascha-Comité.] Im geschäftsführenden Ausschuß des Emin Pascha-Comités machte Herr Dr. Peters Mitteilung über den Stand der Vorbereitungen der Expedition. Dr. Peters, dem nach Übertragung des Hauptmanns Wissmann in den Reichsdienst die alleinige Oberleitung der Expedition anvertraut ist, erhält zu diesem Zweck von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft Urlaub und wird sich im Laufe des Monats Februar nach Ostafrika begeben. Dr. Ley, der seit zwei Jahren im Dienst der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft thätig ist und sich zur Zeit in Zanzibar befindet, ist für das Unternehmen engagirt und hat bereits seine Anweisungen erhalten. Außer ihm sind noch in den Dienst des Unternehmens getreten: der ebenfalls bereits in Ostafrika befindliche Herr Otto E. Ehlers, der kürlich den Klimandschar bis zum Gipfel ersteigert hat, und Herr Fricke, der 10 Jahre lang als Dolmetscher in ägyptischen Dienst stand und unter Wolseley, Baer Pascha, Gordon und Graham die Schlachten gegen Osman Digma mitgemacht hat. Der Ausschluß beschloß, das Gesamt-Comité auf den 31. Januar, behufs Berichterstattung über die Einzelheiten der Ausführung, zu berufen.

[Ein Viertel vom Großen Losse] hat der Pfarrer Hartmann in Hedderheim gewonnen. Von dem ihm zugefallenen Gewinn hat er 15 000 M. den Armen seiner Gemeinde geschenkt.

Nachdem die Anwesenden, etwa zwölf Personen, augenscheinlich nachdrastische Künstler, ein stilles Gebet verrichtet, senkte sich der Sarg, eine Eisenplatte verschloß, die Deckung des Katafalks und der Sarg, eine Eisenplatte, dessen Heizung sich durch einen brandigen Geruch im Raum bereits bemerkbar gemacht, begann das Werk der Bestattung an dem Opfer, dem nach etwa eineinhalb Stunden die zweite Leiche folgen sollte. Der ganze Vorgang hatte kaum zwanzig Minuten gedauert und machte einen sehr nüchternen Eindruck; eine Wiederholung abzuwarten, hatte ich kein Verlangen, doch wollte ich wenigstens wissen, wen ich soeben die „lebte Ehre“ erwiderte. Der freundliche Friedhofsc-Inspector legte mir sein Tagebuch vor und mit Staunen las ich die Namen der dem Feuer Geweihten. Die soeben Bestattete war Frau Irma Pukesc von Murski, verehelichte Eder, die demnächst folgende Frau Hermine Gedzik von Bründelsberg. Die einst so hochgeehrte Irma de Murska! Soeben verzehrten die gläubigen Gäste das, was von dem verführerischen Körper übrig geblieben. Um 2½ Uhr waren die Särge in Begleitung eines Herrn (ob dies der Gatte der Totte oder der Verstorbenen gewesen, konnte ich nicht sicher erfahren) auf dem hiesigen Bahnhofe angetreten, um 4 Uhr erfolgte die Bestattung; die wenigen Leidtragenden waren Mitglieder der Gothaischen Hofoper, mit ihrem Kapellmeister, Herrn Faltis, an der Spitze. Die Kurze der Zeit, sowie das ausdrückliche Verbot der Tochter, hatten es verhindert, den Künstler einen Grußgruß nachzurufen. Ein einziger Kranz zierte den Sarg Derjenigen, welche direkt mit Lorbeer überzettelt worden war. Die hinterlassenen Anordnungen der Tochter hatten die größte Einfachheit und Stille bei der Bestattung ausdrücklich angeordnet, sowie überhaupt Alles bis ins kleinste geordnet. So lautet auch eine Bestimmung dahin, daß die Ashen der Verstorbenen je in einer einfachen schwarzen Urne im Columbarium des Gothaischen Friedhofes Aufstellung finden soll. Die Urne der Mutter soll außer dem Namen

Irma de Murska

die Aufschrift erhalten:

„Bestattung der süßen Stimme Schall,

„Au Asche geworden die Nachtagt“

wogegeben die unglückliche Tochter für sich die Inschrift gewählt hat:

„Die hier ruht, hat schwer gelitten,

„Die gefämpft und nichts ertritten!“

Ausschmückung des Museums für Naturkunde. Der Cultusminister von Gotha hat der „Börs. Blg.“ infolge das Directorium des Museums für Naturkunde in Berlin zu Vorschlägen veranlaßt, mit welchen Statuen die Fassade des neu aufgeführten Gebäudes in der Invalidenstraße am Platz vor dem Neuen Thor zu versehen sei. Diese Vorschläge werden dann nach erfolgter ministerieller Gutheilung dem Kaiser unterbreitet, von dessen Entscheidung jeder bildnerische Schnick an öffentlichen Gebäuden abhängt. Im vorliegenden Falle handelt es sich darum, in den Räumen des Museums Figuren von Sandstein oder Marmor aufzustellen, welche berühmte Mineralogen und Zoologen zur Darstellung bringen. Ausgeschlossen sind solche Naturforscher der angegebenen Kategorien, die in der Stadt etwa schon ein selbstständiges Denkmal erhalten haben. Auch werden noch lebende Gelehrte nicht in Betracht gezogen. Das Museum hat in seinen Innenräumen Stellen genug, die sich zur Anbringung von Statuen später auszeichnender Naturforscher vorzüglich eignen.

Gustav Kabelburg hat am Sonnabend im Stadttheater zu Halle a. S. einen bedauernswerten Unfall gehabt. Herr Kabelburg, der in seinem Stück „Goldfische“ den „Erich von Felsen“ spielte, stürzte während eines Zwischenaces und verletzte sich schwer an der Hand; u. A. ist ein Finger gebrochen. Nachdem der Theaterarzt dem Verletzten die erste Hilfe geleistet hatte, auch das Publikum von dem Unfall benachrichtigt worden war, konnte die Aufführung mit Herrn Kabelburg, der die verletzte Hand allerdings verbunden trug und den Schmerz heroisch bemeiste, ihren Fortgang nehmen.

Jugendliche Einwanderer. In Newyork kamen fürlich 3 Kinder, zwei 8- und 9-jährige Mädchen und ein 7-jähriger Knabe, ohne irgend welche Begleitung an. An ihren Gürteln hatten sie ein Schild, auf welchem sich die folgende Aufschrift befand: „An alle Zugführer! Diese drei Kinder sollen nach Galveston, Texas, reisen, wo sie ihren Vater finden. Sie kommen von Deutschland. Ihre Billets sind in ihren Taschen.“

Unsere Rätsel. Die Auslösung der in Nr. 48 unserer Zeitung gezeigten Rätselaufgaben lautet: Galba, Alba — Czar das — Macrele, Reclame.

Die ersten

